



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fache, in seinen Effecten und feinen Mitteln so bescheidne Museum Schinkels genügen; für die Gypsabgüsse, die ethnographischen Sammlungen und die Kleinkunst schuf man daneben das bei all seinen offenbaren architektonischen Sünden und Mißgriffen so viel prächtiger und prätentioser, weiter und großartiger auftretende Gebäude des neuen Museums. Und nun gar für die modernste Kunst, ihre meist so kleinlichen und schwachlebigen Producte, deren ephemere Bedeutung bereits nach einem Jahrzehnt verwischt zu sein scheint, gründet man diesen pompösen Tempel mit großartig freigebiger Verwendung der reichsten architektonischen und materiellen Mittel! — Sehen wir uns die Werke an, die zunächst für dieß Galleriegebäude bestimmt, vorhanden oder vorbereitet sind.

Muß Schwaben.

Nicht zu den geringsten Erfolgen der bismarckschen Politik mag dereinst die Ueberbrückung des Südens gezählt werden. Die sichere Beharrlichkeit, mit welcher das Ziel verfolgt wird, und die kluge Vorsicht, wie sie durch die verschiedenen Elemente des Widerstands bedingt ist, halten sich in einer Weise die Wage, daß man von einem anziehenden Spiele reden möchte, gälte es nicht unsre höchsten nationalen Interessen. — Schritt vor Schritt ist seit Jahresfrist gethan, jeder so geschickt eingeleitet und sicher durchgeführt, daß im Voraus die Gegner entwaffnet waren und alles in so logischer Weise unter sich verknüpft, daß es für ein Haltgebieten schon zu spät war, ehe man noch recht daran denken konnte. Nichts blieb den Gegnern nachträglich übrig als müßige Kritik. Diese fiel dann freilich um so lebhafter aus, eben je müßiger sie ist. Geben der Aegerger und die Wuth unsrer Particularisten und Ultramontanen einen zuverlässigen Maßstab ab, so ist die Sache der deutschen Einheit gesichert.

Was die antinationalen Parteien unsres Landes ganz besonders ärgern mußte, war das, daß bei den letzten Verhandlungen grade unsre Regierung nicht einem unvermeidlichen Zwang wohl oder übel gehorchte, sondern ganz aus freien Stücken thätig und hilfreich sich erwies. Wir Württemberger fanden uns in eine nie zuvor gekannte Lage versetzt, wir hatten ein ganz neues Gefühl: es

war das erste Mal, daß wir in der nationalen Sache nicht die Letzten waren, um eine Armlänge war diesmal Bayern hinter uns geblieben.

Es ist kein Geheimniß mehr, daß bei den Verhandlungen, welche zur Wiederherstellung des Zollvereins geführt haben, Hr. v. Barnbüler eine sehr verdienstliche und entschiedene Rolle gespielt hat. Preußen war seiner Mitwirkung sicher, und wiederholt war er es, dessen Beredsamkeit die süddeutschen Collegen bearbeiten mußte, vom badischen abgesehen, der es nicht nöthig hatte. Wohl aber hatte es Fürst Hohenlohe nöthig, der nicht bloß in München mit einem schwer zu besiegenden Widerstand zu ringen, sondern auch für sich selbst keineswegs eine klare Stellung gewonnen hatte. Es konnte vorkommen, daß, wenn Fürst Hohenlohe vollkommen überzeugt von Herrn v. Barnbüler schied, er in München angekommen plötzlich wieder in eine ganz andere Tonart verfiel, so daß Herr v. Barnbüler wieder von vorn beginnen mußte. Ein gewisses Dunkel schwebt noch über jener kurzlebigen Vereinbarung, welche Anfangs Mai zwischen München und Stuttgart zum Abschluß gekommen war. Bayern hatte die Initiative zu einem Vorschlag getroffen, die Beziehungen der süddeutschen Staaten zum norddeutschen Bund vertragsmäßig zu regeln. Soviel bekannt geworden ist war dieser Entwurf wesentlich darauf gerichtet, die Souveränität der Südstaaten sicher zu stellen. Diesen war in dem neuen Verhältniß eine ähnliche Stellung zugebracht, wie sie sie bisher im deutschen Bunde eingenommen hatten; soweit ihre Souveränität beschränkt war, genau soweit sollte der norddeutsche Bundesstaat durch das neue weitere Bundesverhältniß beschränkt sein.

Dagegen nun ließ sich nichts einwenden, daß Bayern die Initiative ergreifen wollte. Es war in Berlin wiederholt erklärt worden, daß es ganz von dem Maß des Entgegenkommens im Süden abhängt, wie bald und wie eng die Beziehungen zwischen Nord und Süd geknüpft werden sollten. Auch hatte Preußen gegen jede vorläufige Verständigung unter den Südstaaten so wenig etwas einzuwenden, als es jemals gegen das Zustandekommen des Südbundes agirt hatte. Dieser war an seiner innern Unmöglichkeit gescheitert, nicht an einem Entgegenwirken Preußens. Aber das war nun doch fast naiv, zu glauben, daß Preußen zu einer Wiederherstellung von Verhältnissen die Hand bieten werde, welche denen des Bundes analog waren und den einzelnen Staaten ein Veto einräumten.

Den Regierungen von Baden und Hessen scheint dieser Entwurf gar nicht mitgetheilt worden zu sein. Herr v. Barnbüler hatte ihm mit Modificationen zugestimmt, es war am 6. Mai. Indessen war er schwerlich von der Lebenskraft desselben überzeugt. Jedenfalls beeilte er sich von demselben zurückzutreten, sobald Preußen das Project damit beantwortete, daß es, ohne irgend ein Programm auszugeben, die süddeutschen Minister einfach nach Berlin rief. Damit war der bayrische Vorschlag beseitigt. Aber Fürst Hohenlohe war nicht geneigt,

so leicht auf denselben zu verzichten wie sein württembergischer College. Er machte ernstliche Miene des Widerstands, und als ihn Herr v. Barnbüler am 29. Mai zu einer Besprechung nach Rördlingen einlud, um ihn zur Reise nach Berlin zu bewegen, kam er mit dem festen Entschluß, sich nicht bewegen zu lassen. Eine Viertelstunde genügte, ihn doch zu bewegen, und die Minister pilgerten zusammen nach Berlin, wo nach zweitägigen Verhandlungen der Präliminarvertrag vom 4. Juni geschlossen wurde.

Auch während dieser Verhandlungen benahm sich Herr v. Barnbüler durchaus correct. Mehrfach haben damals die berliner Officiösen das Entgegenkommen des württembergischen Bevollmächtigten belobt. Man behauptet sogar, Herr v. Barnbüler habe weitergehende Zugeständnisse, z. B. in Betreff der Competenz des erweiterten Parlaments angeboten, als Preußen anzunehmen in der Lage war. Um so eher konnte er sich erlauben, in einem Punkt, in welchem unser Land ganz besondere Erfahrungen hinter sich hat, nämlich im Punkt der Branntweinsteuer, unbedingt auf seiner Meinung zu bestehen. Bismarck konnte nach Paris abreisen, mit dem Vertrag in den Händen, unter welchem wenigstens die Unterschriften Hessens, Badens und Württembergs standen.

Denn noch einmal war Bayern spröde geblieben, Fürst Hohenlohe war „ohne Instructionen“ gewesen. In München nahm man sich eine vierzehntägige Bedenkzeit und noch einmal war die Intrigue geschäftig, das Unvermeidliche zu hintertreiben. Es war vergebens, selbst eine erneute Anfrage in Wien wurde mit Achselzucken aufgenommen; völlig isolirt, wie Bayern war, blieb ihm nichts übrig, als gleichfalls den Vorvertrag zu unterzeichnen, der nun in diesen Tagen durch die Specialconferenz seine definitive Gestalt erhalten haben wird.

Es war Bayern gelungen durch die Verhandlungen des Grafen Tauffkirchen, die am 18. Juni zum Abschluß gelangten, einige Zugeständnisse zu erringen, die theils eine gewisse Bevorzugung Bayerns, theils eine Einschränkung der Bedeutung des künftigen Zollparlaments bezweckten. Die so entstandenen Bestimmungen sind lästig, aber ungefährlich, sie werden das Gitter, durch welches ungehindert die Wasser von Süd und Nord zusammenfließen, nicht verstopfen. Sie verrathen nur die ängstliche Ahnung, daß das Zollparlament schließlich doch werde zum Zollparlament werden. Und am wenigsten ist der Zweck erreicht worden, wenn Fürst Hohenlohe etwa beabsichtigte, durch jene kleinen Zugeständnisse, die der bayrischen Souveränität gemacht wurden, die Fille zu verzuckern und den Widerstand der feindlichen Parteien seines Landes zu mildern. Die Sprache der ultramontanen Presse in München zeigt am besten, wie wenig Dank ihm jene Bemühungen eingetragen haben, die schließlich nur ein Beweis sind, wie ungern Bayern sich in das Unvermeidliche schickt.

Die Erfahrungen die man seiner Zeit mit dem französischen Handelsvertrag gemacht hat, schienen dagegen unsre Regierung zu bewegen, das was sie nicht an-

dern kann, mit Anstand, ja mit dem Schein freudiger Freiwilligkeit zu thun. Was auch insgeheim die Stimmung am Hofe sein mag, die Regierung hat offen den Weg des Anschlusses an die norddeutsche Macht betreten. Dieselben Grundsätze, welche sie bei jenen Verhandlungen geleitet haben, bestimmen auch sonst ihr Verhalten. Wir wollen es freilich Herrn von Goltz nicht hoch anrechnen, daß er nach neunmonatlichen anderweitigen Versuchen sich genöthigt sah, an die Stelle Paulis nach Tübingen einen Gelehrten zu berufen, der die politische Richtung des Vertriebenen theilt, übrigens Württemberger ist. Höchst erfreulich ist aber die Thätigkeit, die in unserm Kriegsministerium herrscht. Auch die letzten Bedenken gegen die preussischen Einrichtungen sind gefallen, und in aller Stille, ohne viel Aufhebens zu machen, geschieht die Umgestaltung des Heerwesens nach dem preussischen System. Wie in anderen Kreisen war auch unter unsern Offizieren nach dem friedlichen Ausgang des luxemburger Handels die Besorgniß entstanden, daß die militärischen Reformen ins Stocken gerathen, insbesondere die Adoption der preussischen Bewaffnung und des preussischen Reglements wieder rückgängig gemacht werden könnten. Es ist dies glücklicherweise nicht eingetroffen. In Ludwigsburg befinden sich gegenwärtig — wenn König Wilhelm das erlebt hätte! — badische Offiziere, welche auserlesene Mannschaften mit der Handhabung der preussischen Schußwaffe vertraut machen. In kurzem wird das bayrische Contingent das einzige sein, das seine eigenthümliche Waffe besitzt.

Diese Haltung der württembergischen Regierung ist um so anerkennenswerther, als sie auf die Zustimmung der Kammern, die im September zusammentreten werden, noch keineswegs mit Sicherheit rechnen kann, zumal wenn zur Genehmigung des neuen Zollvereinsvertrags, als eine Verfassungsänderung involvirend, die Zweidrittelmehrheit erforderlich sein sollte. Die große Mehrheit des Landes ist freilich mit der Regierung einverstanden, wie sich schon an seiner völlig passiven Haltung zeigt. Aber die Zustimmung des Landes ist eben eine rein passive, die Regierung besitzt nicht eigentlich eine Stütze daran. Man hat im Grunde das Zustandekommen der militärischen und volkswirtschaftlichen Verträge mit Preußen mit einer Gleichgiltigkeit aufgenommen, die sich nur daraus erklärt, daß jedermann im Stillen längst überzeugt war, daß die Dinge ja doch so kommen würden. Man war nicht überrascht, man nahm den Anschluß an Preußen als etwas längst Bekanntes auf, über das man eigentlich gar nicht debattirte. Zum Debattiren hatte man andere Stoffe. Das Reglement für den neuerbauten stuttgarter Bahnhof, durch welches einer wahrhaft anarchischen Bummelerei ein Ende gemacht wurde, hat die Gemüther ungleich lebhafter in Bewegung gesetzt als jene Staatsverträge, die gleichfalls eingewurzelter Bummelerei, nur auf anderen Gebieten, ein Ende machen sollen.

Bei dieser Stimmung der großen Menge muß die radikale und ultramon-

tane Presse die Löhne möglichst hoch greifen, die Farben gehörig dick auftragen, um in ihren Kreisen die gewünschte Temperatur gegen Preußen und den norddeutschen Liberalismus zu erhalten. Die Taktik der antinationalen Parteien geht hauptsächlich dahin, die Ansicht im Volke zu verbreiten, die Schöpfung des norddeutschen Staatswesens sei ein ephemeres Werk der Gewalt, sei ein Kartenthaus, das zusammenfallen werde, sobald man in Paris oder in Wien nur anfange zu blasen. Die österreichisch-französische Allianz ist das tägliche Brod, von dem diese Presse lebt, ihr Morgen- und Abendgebet. „Im Osten geht der Stern der Freiheit auf“, seit Herr von Beust die Geschicke des Concordatstaates lenkt, und in Frankreich wird es ja nicht lange mehr anstehen, bis einmal wieder das Straßenpflaster aufgerissen wird: so repräsentiren diese beiden Länder die Freiheit gegen den in Norddeutschland verkörperten Absolutismus, Cäsarismus, Militarismus, Corporalismus. Man sagt es nicht offen, aber man läßt es durchblicken, daß im Fall eines Krieges der wahre deutsche Patriot auf Seite Frankreichs und Oesterreichs stehen müsse, denn aus der Zertrümmerung Preußens werde mit Hilfe dieser Bundesgenossen die berühmte deutsche Freiheit hervorgehen.

Es ist unnöthig, ausführlich zu zeigen, zu welchen Mitteln diese Presse greift, um die nationalen Verträge bei der Bevölkerung zu denunciren. Es ist immer dieselbe Methode. Die Zolleinigung hat natürlich keinen andern Zweck, als die blühenden Finanzen der süddeutschen Staaten hinzuopfern für die unersättlichen Bedürfnisse Preußens, Süddeutschland ausplündern zu lassen durch diese hungrigen Norddeutschen. Alle Lebensbedürfnisse des biederen Schwaben werden durch die bevorstehenden Steuern ins Unersehwingliche gesteigert, der letzte Blutstropfe wird ihm durch die preußische Steuerschraube ausgepreßt, ja nicht einmal das bescheidene Vergnügen, billigen Knaster aus ulmer Köpfen zu rauchen, gönnen uns diese abscheulichen Junker, die sich anschicken, mit rohen Händen dem biederen Landmann auch noch die traute Pfeife aus dem Munde zu reißen, die ihm noch der einzige Balsam ist für den Schmerz über die dreijährige Präsenzzeit seiner Söhne. Und vollends das Zollparlament! Der freie Schwabe verschmäht es stolz, durch dieses Hinterpfortchen in ein deutsches Parlament sich zu drücken. Hoch und weit muß die Einfahrt sein, wenn einst der vom Resenbach seinen Einzug hält. Aber noch hat es keine Gile, es kann ihn nicht gelüsten nach dieser diätenlosen Anstalt für die besitzenden Classen, welche die Schmach freiwilliger Knechtschaft als Wahlspruch über ihre Thüre geschrieben hat; überhaupt wird es der Schwabe schon sagen, wenn er einmal ein Parlament haben will. Jetzt aber ist die höchste Zeit, der Verzündnadelung des Kan, des ein energisches Halt zuzurufen. Unverzeihlich ist es, daß man dem schwäbischen Krieger seine treffliche Waffe genommen hat, daß man sie auf preußisches Kaliber auskolbt und damit zu elenden Blechbüchsen ruinirt. Mit Wehmuth

nimmt der württembergische Jäger Abschied von der ihm lieb gewordenen Büchse, denn mit ihr, das sagt ihm seine Ahnung, giebt er den Rest seiner freien Persönlichkeit hin. Mit ihr schwinden fröhlicher Jägersinn und freier Soldatengeist. Und was ist es für ein Gewehr, mit dem er sie vertauschen muß? Wir Helden aus dem Jahre 1848, wir kennen das preussische Zündnadelgewehr, ist es doch die bekannte Lotterfalle, die damals das unauslöschliche Hohngelächter von uns Freischärlern herausforderte! Ueberhaupt wie können Heereseinrichtungen, die für die halbdutsche, noch wenig von der Cultur belebte Bevölkerung des nordischen Tieflandes nöthig sein mögen, für unser intelligentes, freies, biederes Völklein passen? Wir wollen nichts von jener bleiernen Gleichheit, nichts von jenem Mechanismus und Militarismus, der in Preußen längst das Land ausmergelt und nun auch unser Volk zu einer bei uns schon lange überschrittenen Stufe von Unterwürfigkeit zurückschrauben soll. Das jetzt eingeführte System, — wir fahren in wörtlicher Citation fort — verpflanzt den militärischen Raubbau, wie ihn Preußen in seinen Landen treibt, auch in unsre glücklicheren Länder, verzichtet auf die angeborenen Vorzüge unseres Stamms und drückt, was er im Wehrwesen leisten soll, herab auf das Maß dessen, was die noch halb wendische Bevölkerung der norddeutschen Tiefebene zu leisten vermag, eine Bevölkerung, die heute noch Junker, Fürsten und Herzöge für die besten Volksvertreter hält und dadurch den richtigsten Maßstab ihrer geistigen Höhe an die Hand giebt. Die militärische Intelligenz des deutschen Oberlandes (s. Tauberbischofsheim), welche der des Franzosen mindestens gleich steht, wird herunternivellirt bis auf das, wozu auch der Kassube gut genug ist u. s. w. — wörtlich zu lesen im Beobachter vom 3. Juli d. J., dem Jahrestage der Schlacht von Königgrätz, die freilich nach derselben Autorität um ein Haar verloren gewesen wäre und nur durch Zufall von Preußen gewonnen worden ist.

Doch genug von diesen Proben einer Polemik, die keine andere Absicht verfolgt, als die halbentschlummerten Leidenschaften des vergangenen Jahres stets aufs neue aufzustacheln, einer Polemik, welcher freilich in seiner Weise der berliner Fortschritt so trefflich in die Hände arbeitet, daß die Hälfte des Beobachters in der Regel mit Abdruck aus berliner Fortschrittszeitungen gefüllt ist. Wichtiger ist die Frage, welche Stellung die Parteien einnehmen werden, wenn nun im Herbst die Kammern zusammentreten, die Verträge zu berathen haben und, wie zu vermuthen ist, Ende des Jahres die Wahlen ins Parlament bevorstehen. Es wäre verfrüht, jetzt schon diese Frage beantworten zu wollen. Der Beobachter begnügt sich mit seinen faulen Wizen über Tabaksteuer und Zündnadelsoldaten und hütet sich, jetzt schon für die Zukunft Verbindlichkeiten einzugehen. Inzwischen erfährt man, daß diese Partei damit umgeht, auf Umwegen zu einem Ziel zu gelangen, für das sie mit offenem Bistir niemand mehr zu werben vermag. Herr Desterlen soll beabsichtigen, eine Versammlung von

Abgeordneten der süddeutschen Staaten „ohne Unterschied der Parteirichtung“ zu veranlassen, welche zugleich das ideale Surrogat für den schmerzlich vermischten Südbund wäre. Es soll auf dieser Versammlung die Gemeinsamkeit der süddeutschen Interessen betont und als Ausgangspunkt für das künftige Verhältniß zu Norddeutschland in den Vordergrund gestellt werden. Es soll ferner — und dies ist die Hauptsache — darauf hingewirkt werden, daß die süddeutschen Abgeordneten zum Zollparlament nicht durch das allgemeine Stimmrecht, sondern durch Delegation der Einzelkammern gewählt würden. Als angebliches Motiv wird ausgestreut, es sei für die schlichten Landleute doch unmöglich, in eine Versammlung für Fachgegenstände zu wählen, für welche sie kein Verständniß besäßen. Als ob nicht grade in den materiellen Fragen auch der schlichte Landmann sehr wohl verstände, was seine Interessen verlangen. Man frage nur den Bauer vom Schwarzwald oder vom Allgäu, was der Zollverein für ihn werth ist. Der wahre Grund für dieses Manöver liegt vielmehr auf der Hand. Man will eine neue Schranke zwischen Süd- und Norddeutschland aufrichten. Die intime Annäherung soll verhindert werden. Man braucht Dämme, damit die Wasser nicht zu rasch in einander laufen. Es soll unmöglich gemacht werden, daß das Zollparlament eines schönen Morgens als deutscher Reichstag sich entpuppe. Die Delegation der Einzelkammern soll die Einheit des Parlaments verhüten.

Der ganze Plan ist nun freilich gar zu durchsichtig; es ist nicht zu fürchten, daß die Abgeordneten von Baden und Bayern Geschmack daran finden werden. Aber interessant ist es doch, daß diese schwarzrothgoldenen Republikaner endlich so weit gekommen sind, als Gegner des allgemeinen Stimmrechts, als Gegner des Parlamentsgedankens auftreten zu müssen. Vorauszusehen war dies freilich von dem Tage an, da sie erklärten, der preussische Parlamentsvorschlag könne nur „mit Ironie“ aufgenommen werden. Damit die Einheit nicht werde, soll lieber auch die Freiheit nicht werden — dies ist das praktische Ende der Phrase: durch die Freiheit zur Einheit.

Politische Rundschau.

× Leipzig, Mitte Juli.

Die Neigung, den nächsten Gegner für den gefährlichsten oder wohl gar den allein gefährlichen anzusehen und über dem Eifer der Fehde gegen diesen